

Bundesregierung will Rente erst ab 67 - Aber es gibt Alternativen. Deshalb: Jetzt Druck von unten

Was will die Regierung?

■ Rente erst mit 67. Ab 2012 steigt der Rentenbeginn in Monatsschritten an. Ab 2029 müssen alle bis 67 arbeiten. Wer früher raus will hat Abschläge.

■ Der frühestmögliche Rentenzugang (Abschläge bis zu 14,4 Prozent) wird von 62 auf 63 angehoben.

■ Die geförderte Alterszeit läuft 2009 ersatzlos aus. Dann gibt es kein Modell mehr um vorzeitig abschlagsfrei aus dem Erwerbsleben zu kommen.

■ Langjährig Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren können erst mit 65 abschlagsfrei in die Rente gehen.

■ Für Menschen mit Behinderung wird der Zugang zur Altersrente erst nach Vollendung des 62. Lebensjahres und mit 35 Versicherungsjahren möglich.

■ Verschärfung des Rentenzugangs wegen verminderter Erwerbsfähigkeit.

■ Die Bruttoentgeltumwandlung als Möglichkeit zur privaten Altersvorsorge soll abgeschafft werden. Das trifft vor allem untere und mittlere Einkommen.

Protest gegen Rentenpläne



Was bedeuten die Pläne?

■ Ein Angriff auf die Gesundheit älterer Beschäftigter. Schon heute kann kaum jemand bis zur Rente arbeiten.

■ Rentenkürzung durch die Hintertür. Altersarmut droht. Wer früher in Rente geht muss wegen der Erhöhung des Rentenzugangsalters mit höheren Abschlägen rechnen. Dabei liegt die Durchschnittsrente heute schon bei nur knapp 950 Euro. Kommt die Rente mit 67, sinkt die Summe bei einem Renteneintritt mit 65 Jahren auf magere 700 Euro ab. Davon kann niemand leben!

■ Die Chancen auf einen Job nach der Ausbildung oder für Erwerbslose sinken weiter. Schon heute suchen fast 600 000 Jugendliche unter 25 Jahren verzweifelt Arbeit. Auch 1,2 Millionen über 50-jährige sind arbeitslos.

■ Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit müssten bis zu 3 Millionen sozialversicherungspflichtige Jobs zusätzlich entstehen, damit die Arbeitslosigkeit durch die Rente mit 67 nicht ansteigt.

Rente mit 67

Die Alternativen

Die Rentenpläne der Bundesregierung stoßen auf breite Ablehnung. Zu Recht. Eine Politik, die uns als alternativlos verkauft wird. Aber: Es geht anders. Und es geht vor allem besser!

Die Rente mit 67 sei notwendig, um das Rentensystem zu finanzieren. Die Gesellschaft altere und immer weniger Junge würden zur Finanzierung beitragen, so die Regierung.

Dabei könnte 65 als Regelaltersgrenze beibehalten werden, wenn man die Lücke zwischen gesetzlichem und realtem Renteneintritt endlich schließen würde.

Damit dies gelingt, muss Arbeit so humanisiert werden, dass Arbeiten bis zur Rente überhaupt erst möglich wird. Das heißt vor allem frühzeitige Prävention und staatliche Förderung alternsgerechter Arbeit.

Außerdem fordern wir:

► Fortführung der geförderten Altersteilzeit oder vergleichbare Regelung

► Rentenzugang für langjährig Versicherte auf 62 Jahre absenken

► Förderung von Neueinstellungen durch die Bundesagentur für Arbeit. Insbesondere für die Einstellung von Arbeitslosen und Übernahme von Auszubildenden

► Rentenzugang ohne Abschläge nach 40 Versicherungsjahren, auch vor dem 65. Lebensjahr

► Verbesserte Erwerbsminderungsrenten durch leichteren Zugang und Verzicht auf Abschläge

Das Zitat

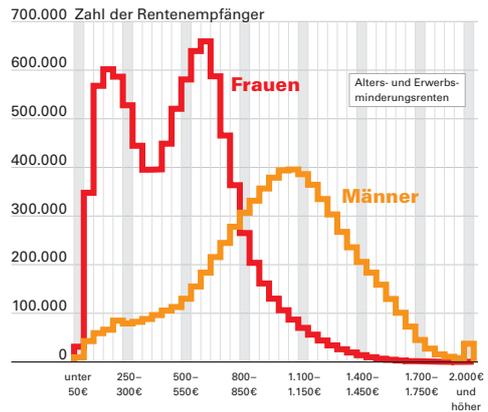
Dieter Hundt, Arbeitgeberpräsident, am 1. Februar 2006:

„Die Anhebung des Rentenalters ist unverzichtbar. Die Anhebung darf aber nicht dadurch verwässert werden, dass Versicherte mit 45 Beitragsjahren abschlagsfrei vorzeitig in Rente gehen können. Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug sind schließlich keine Strafe, sondern lediglich notwendiger Ausgleich für einen längeren Rentenbezug.“

Gleichzeitig verschärfen aber die Arbeitgeber ständig die betrieblichen Arbeits- und Leistungsbedingungen.

Die meisten Renten liegen unter 1.000 Euro

Verteilung der Rentenzahlungen Ende 2004



Quelle: Deutsche Rentenversicherung 2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Ältere Bewerber fallen heraus

Betriebe begründen die Ablehnung über 50-jähriger Bewerber mit:



Quelle: Bellmann, Gewiese, Leber 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

Abschläge bei Altersrente für Schwerbehinderte

Erwartete Brutto-Rente	Abschläge
700 €	75,60 €
1.000 €	108,00 €

Die frühestmögliche Inanspruchnahme der Altersrente für Menschen mit Schwerbehinderung wird mit Abschlag vom 60. auf das 62. Lebensjahr erhöht. Gleichzeitig erhöht sich die abschlagsfreie Altersgrenze vom 63. auf das 65. Lebensjahr. Die maximale Abschlagshöhe bleibt bei allen Jahrgängen konstant bei 10,8 Prozent.

Altersrente für langjährig Versicherte

Geburtsjahr	Eintrittsalter Regelaltersrente	Erwartete Bruttorente	Abschläge in %	Verlust bei vorzeitiger Rente mit 63 p. Monat
1950	65 + 4 Monate	700 €	8,4	58,80 €
1954	65 + 8 Monate	700 €	9,6	67,20 €
1957	65 + 11 Monate	700 €	10,5	73,50 €
1960	65 + 16 Monate	700 €	12,0	84,00 €
1964	65 + 24 Monate	700 €	14,4	100,20 €
1950	65 + 4 Monate	1.000 €	8,4	84,00 €
1954	65 + 8 Monate	1.000 €	9,6	96,00 €
1957	65 + 11 Monate	1.000 €	10,5	105,00 €
1960	65 + 16 Monate	1.000 €	12,0	120,00 €
1964	65 + 24 Monate	1.000 €	14,4	144,00 €

Die frühestmögliche Inanspruchnahme der Altersrente wird mit Abschlag vom 62. auf das 63. Lebensjahr erhöht. Gleichzeitig erhöht sich der Abschlag, da die Berechnung auf das 67. Lebensjahr bezogen wird.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung.

Protestfahrplan

Bis Weihnachten laufen im ganzen Bezirk viele Aktionen: Info-Stände, Flugblattverteilungen, Diskussionen mit Abgeordneten, Einladungen an Abgeordnete zu einem Betriebsbesuch etc. Auch in vielen Betrieben wird die Rente zum Thema, z.B. durch Beschäftigungsbilanzen. Am 14. Dezember (Tag der 1. Lesung im Bundestag) gibt es einen bezirklichen Info-Tag. Für Ende Januar sind bundesweite Aktionstage als Protest gegen die Regierungspläne angekündigt